

# Avanti O.

## ISO Oberhausen



Impressionen von der Konferenz „Betriebsräte im Visier“ am 14.10.2017 in Mannheim. Fotos: helmut-roos@web.de

# Gemeinsam gegen Betriebsrats-Mobbing!

P. S. / H. N.

Seit etwa zwanzig Jahren nehmen Fälle systematischer Gewerkschaftsbekämpfung, praktiziert von Unternehmen jeglicher Größenordnung, stetig zu. In der *Avanti O.* berichten wir regelmäßig über derartige Machenschaften. (So auch in dieser Ausgabe.)

Eine für die Betroffenen besonders bedrohliche Form dieser als „Union Busting“ bekannten Unternehmensstrategie ist das gezielte Fertigmachen von einzelnen engagierten KollegInnen im Betrieb; namentlich von Betriebsräten, die ihre Aufgaben ernst nehmen.

Um sich effektiv wehren zu können, brauchen Gewerkschaften,

Betroffene und UnterstützerInnen ihrerseits eine Gegenstrategie. Einen Raum, um eine solche zu erarbeiten, organisiert das Mannheimer Solidaritätskomitee gegen BR-Mobbing mit der bundesweiten Tagung „Betriebsräte im Visier – Bossing, Mobbing & Co.“

Das Komitee, das seit dem Jahr 2012 betroffene KollegInnen aus dem Raum Rhein-Neckar aktiv unterstützt, hat am 14. Oktober 2017 die Tagung im vierten Jahr in Folge im Mannheimer Gewerkschaftshaus durchgeführt. Über 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus verschiedenen Branchen hatten sich für diesen Kongress angemeldet.

**Fortsetzung auf Seite 2**

Liebe Leserinnen und Leser,

wir bemühen uns ja immer, für die Menschen aus Oberhausen wichtige, aber in den üblichen Medien dennoch fehlende Informationen aus unserer Stadt zu bringen. Hier in dieser Ausgabe beginnt also eine neue Reihe mit Nachrichten aus dem Rathaus. Seien wir gespannt, was so alles zwar öffentlich, aber trotzdem kaum beachtet im Rat der Stadt beantragt, diskutiert oder verabschiedet wird.

In den nächsten Tagen geht die, von verschiedenen Parteien, Gruppen sowie Einzelpersonen organisierte und gestaltete Reihe zur russischen Oktoberrevolution zu Ende. Auf den Seiten 9 bis 12 berichtet *Avanti O.* darüber.

Und wie üblich: Auch über die verschiedenen Gemeinheiten, von juristischen bis justiziablen, vieler Unternehmen gegen Betriebsräte und andere „unbequeme“ Beschäftigte werden wir nicht müde, Euch zu unterrichten. Seite 1 bis 5.

Denn es muss sein, was ver.di München sagt: wehr di!

Eure Redaktion

Inhalt	
TITEL	GRUNDRECHTE
01 <b>Konferenz</b> Betriebsräte im Visier	06 <b>Kongress</b> Demonstrationsrecht verteidigen!
<b>BETRIEB UND GEWERKSCHAFT</b>	07 <b>Erklärung der ver.di Jugend Süd</b> Übergriffe während des G20-Gipfels
02 <b>BR-Mobbing</b> Entschließung	<b>MELDUNGEN AUS OBERHAUSEN</b>
03 <b>H&amp;M</b> Freitag, der 13.	08 <b>Aus dem Rathaus</b> Oberhausener Sport
04 <b>H&amp;M</b> Kündigung von Betriebsrat abgewiesen	08 <b>Ausstellung zur AfD</b> „Der Arm der Bewegung“
<b>INTERNATIONAL</b>	<b>GESCHICHTE</b>
05 <b>Veranstaltungsbericht</b> Dianne Feeley (USA), 2. Teil	09 <b>Veranstaltungsreihe zu Oktober 1917</b>
	10 <b>Die Oktoberrevolution</b> Ein schwieriges, aber wichtiges Erbe
	11 <b>Plakate der Oktoberrevolution</b>
	<b>TERMINE</b>
	12 <b>Termine</b>

Fortsetzung von Seite 1

## Mit Rechtsbruch gegen Betriebsräte

Anwesende Betriebsratsmitglieder aus verschiedenen Betrieben und Branchen berichteten über ihre schockierenden Erfahrungen. Diese belegen die weiter gewachsene Aggressivität gegenüber gewerkschaftlich aktiven Mitgliedern von Interessenvertretungen.

Mit so genannten Verdachtskündigungen, mit Bspitzelung und Zersetzung des beruflichen und privaten Umfeldes wird gegen engagierte Betriebsräte vorgegangen. In der Folge kommt es bei Betroffenen zu schweren depressiven Erkrankungen und sogar zu Selbstmordversuchen. Nicht zuletzt entstehen existenzbedrohende finanzielle und familiäre Probleme.

Diese skandalösen Rechtsbrüche haben Unternehmensleitungen und ihre Helfershelfer in spezialisierten Anwaltskanzleien, Beratungsfirmen und Detekteien zu verantworten.

Auf der Konferenz kam aber nicht nur die Betriebsrats- und Gewerkschaftsbekämpfung in der Bundesrepublik Deutschland an aktuellen Beispielen zur Sprache. Vielmehr wurden die Möglichkeiten einer erfolgreichen Abwehr des Betriebsrats-Mobbings aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet.

**Klaus Stein**, 1. Bevollmächtigter der IG Metall Mannheim, berichtete in seinem

Grußwort von einer zunehmenden Zahl von Angriffen auf Betriebsräte und gewerkschaftliche Organisation in Betrieben der Region. Er betonte die Notwendigkeit einer konsequenten Gegenwehr.

**Gerhard Klas** von *work watch* Köln, einer von Günter Wallraff mitbegründeten Initiative, forderte die Einzelgewerkschaften auf, Opfern von BR-Mobbing unbürokratisch und schnell finanzielle Notlagen-Unterstützung zu gewähren.

**Susanne Kim** und **Philipp Zysas** vom IG Metall-Vorstand in Frankfurt referierten zum Thema „Organisieren – eine Methode zur Verteidigung unserer Grundrechte im Betrieb gegen Angriffe auf Gewerkschaften?“. Eine zentrale Aussage ihrer Ausführungen war, dass die Bekämpfung von Betriebsräten und Gewerkschaften eine „wachsende Gefahr für Demokratie in Betrieb und Gesellschaft“ ist.

**Dietrich Growe**, Fachanwalt für Arbeitsrecht in Mannheim (Kanzlei Dr. Growe & Kollegen), setzte sich mit der Frage „§ 119 Betriebsverfassungsgesetz – kein Thema im Arbeitsrecht?“ auseinander. Seine Empfehlung für die juristische Bekämpfung des BR-Mobbings lautete, „Konzernvorstände, Aufsichtsratsmitglieder, Eigentümer, Rechtsanwälte und führende Kanzleipartner in die strafrechtliche Verantwortung [zu] nehmen!“

Eine kleine Sensation war die **Vorstellung**

**der ersten Bildergeschichte zu Betriebsrats-Mobbing** überhaupt. Sie trägt den Titel „Die 10 Schritte zur Beseitigung des Betriebsrats“. In ihr haben von BR-Mobbing betroffene Kollegen ihre Erlebnisse in einer beeindruckenden Form verarbeitet. Eine Veröffentlichung ist geplant.

**Peter Köster** (IG BAU Mülheim, Essen, Oberhausen) skizzierte strategische Perspektiven für die noch wirksamere Bekämpfung von BR-Mobbing durch Betroffene, Solidaritätskomitees und Gewerkschaften.

## Was tun gegen BR-Mobbing!

Die Tagung verabschiedete die Entschließung „Was tun gegen BR-Mobbing!“ (siehe unten).

Unterstützer der vom Komitee „Solidarität gegen BR-Mobbing!“ organisierten Konferenz waren IG Metall Mannheim sowie AKUWILL Oberhausen, Betriebsrat General Electric Mannheim, IG BCE Weinheim, Überbetriebliches Solidaritätskomitee Rhein-Neckar, ver.di Rhein-Neckar und *work-watch* Köln.

Einen berührenden musikalischen Beitrag zum guten Gelingen der Tagung leistete die Mannheimer Künstlerin Gizem Gözüacik.

In einem Jahr, am 13. Oktober 2018, soll die 5. bundesweite Konferenz „Betriebsräte im Visier“ in Mannheim stattfinden.

Weitere Infos: siehe: [www.gegen-br-mobbing.de](http://www.gegen-br-mobbing.de). ■

# Was tun gegen BR-Mobbing!

## Entschließung der 4. bundesweiten Konferenz „Betriebsräte im Visier“

**B**R-Mobbing ist in Deutschland ein wesentlicher Bestandteil der systematischen Gewerkschaftsbekämpfung (des „Union Busting“). Immer häufiger versuchen Unternehmen, Betriebsräte und gewerkschaftlichen Einfluss in Betrieben zu verhindern oder – falls bereits vorhanden – zu zerschlagen.

BR-Mobbing bedeutet für die davon betroffenen KollegInnen Existenzangst und meist auch Existenzvernichtung. BR-Mobbing führt zu massiven beruflichen, finanziellen, gesundheitlichen, persönlichen und sozialen Schädigungen. Nicht selten sind schwere depressive Erkrankungen die Folge. Es kommt in der Folge sogar zu versuchten Selbsttötungen.

BR-Mobbing gilt offenbar in der Bundesrepublik meist als Kavaliersdelikt. Jedenfalls bleiben die hierfür Verantwortlichen in Unternehmensleitungen und ihre Helfershelfer aus „Rechts“-Anwaltskanzleien, „Beratungsfirmen“, dem Kreis firmenhöri-ger „unabhängiger Betriebsräte“ und Detekteien meist straffrei. Jedenfalls nehmen es Verantwortliche in Politik, Justiz, Medien und leider auch in manchen betrieblichen und gewerk-

schaftlichen Strukturen entweder gar nicht wahr oder spielen es als „Einzelfall“ herunter.

Tatsache ist aber:

- ▶ Die Be- oder Verhinderung der Wahl von Betriebs- oder Personalräten ist ein Straftatbestand.
- ▶ Die Blockade der gesetzlich festgelegten Aufgaben von gewählten Betriebsratsgremien ist illegal.
- ▶ Das Mobben von Betriebsrats- und Gewerkschaftsmitgliedern ist kriminell.
- ▶ Es handelt sich hierbei um massive Verletzungen von Grund- und Menschenrechten.

Die konsequente Bekämpfung von BR-Mobbing ist deshalb nicht allein eine Pflicht der Gewerkschaften. Politik, Justiz und Medien sind hier ebenfalls gefordert.

Es ist positiv, dass einzelne Gewerkschaften wie IG Metall und ver.di auf ihren Gewerkschaftstagen Beschlüsse zum Kampf gegen BR-Mobbing gefasst haben. Aber diese müssen konsequent umgesetzt und Politik, Justiz und Unternehmen in die Verantwortung genommen werden. ... ➔



Wir erneuern deshalb unseren *Mannheimer Appell* gegen BR-Mobbing vom 11. Oktober 2014.

Wir fordern die Einzelgewerkschaften auf, Opfern von BR-Mobbing unbürokratisch und schnell finanzielle Notlagen-Unterstützung zu gewähren.

Wir erwarten von unseren Gewerkschaften und dem DGB, dass sie hartnäckig streiten für:

- ▶ die systematische Erfassung und juristische Verfolgung aller Fälle von BR-Mobbing
- ▶ die Bildung spezieller Schwerpunktstaatsanwaltschaften
- ▶ das Durchsetzen eines wirksamen Anti-Mobbing-Gesetzes
- ▶ das Unterbinden von BR-Mobbing durch die Unternehmerverbände in ihren Mitgliedsfirmen

- ▶ den Entzug der Zulassung der „Unrechtsanwälte“, die das Recht nicht pflegen, sondern missachten, zumindest für das Gebiet des Arbeitsrechts
  - ▶ die Bildung schneller gewerkschaftlicher Einsatzgruppen, die die umfassende Abwehr von BR-Mobbing unterstützen und mit den KollegInnen vor Ort Widerstand organisieren.
- Allen von BR-Mobbing betroffenen KollegInnen rufen wir zu: Gebt nicht auf! Schließt Euch zusammen! Fordert von Euren KollegInnen, der Öffentlichkeit, Euren Gewerkschaften, den politischen Organisationen und den Medien Solidarität! Nur wer kämpft, kann gewinnen!

Die TeilnehmerInnen der 4. bundesweiten Konferenz  
„Betriebsräte im Visier“  
Mannheim, den 14. Oktober 2017

## „Freitag, der 13. für H&M!“

Für Freitag, den 13. Oktober hatte die Aktion *./.* arbeitsunrecht (1) wieder zum „Schwarzen Freitag“ aufgerufen, einem bundesweiten Aktionstag gegen miese Jobs und Union Busting. Diesmal konzentrierten sich die Proteste auf Hennes & Mauritz (H&M). In 18 Städten riefen lokale AkteurInnen, zum Teil in Kooperation mit der Gewerkschaft ver.di, zu Aktionen auf. Auch in der Essener Innenstadt fand eine Kundgebung vor H&M statt. AKUWILL (2) setzte hier den Schwerpunkt auf den Kampf gegen das gezielte Fertigmachen von Betriebsräten.

P. S.

**A**nlass für die Proteste am Freitag, den 13. sind zum einen die schlechten Arbeitsbedingungen bei H&M. Seine Waren lässt der global agierende Modekonzern unter katastrophalen Arbeitsbedingungen in Asien fertigen. In Deutschland sind Ketten-Befristungen, Flex-Verträge mit geringen Wochenstundenzahlen, die je nach Bedarf des Unternehmens mal um mehr und mal um weniger Stunden aufgestockt werden können, und Arbeit auf Abruf üblich. Dies sorgt für Unsicherheit und macht eine Lebensplanung der Beschäftigten, sowohl finanziell als auch zeitlich, nur schwer möglich. Bei Krankheit erzielen die KollegInnen nur das Einkommen, das sich aus der Stundenzahl im Arbeitsvertrag ergibt. Und zwischen den Zeilen steht die Drohung, dass bei unerwünschtem Verhalten die Möglichkeit zur Mehrarbeit jederzeit entzogen werden kann.

Ein weiterer Grund für Protest ist die von der Geschäftsleitung praktizierte systematische Bekämpfung von gewerkschaftlichem Einfluss und wirksamer Interessenvertretung der Beschäftigten in dem Unternehmen („Union Busting“). In diesem Zusammenhang wird auch der Plan von H&M gesehen, das Lager in Großostheim zu schließen: Ein großer Teil der dort Beschäftigten ist bei ver.di organisiert, und die KollegInnen setzen sich für ihre Rechte ein.

Der Aktionskreis gegen Unternehmerwillkür (AKUWILL) hatte zu einer Kundgebung vor der H&M-Filiale in der Essener Innenstadt aufgerufen. Gemeinsam mit UnterstützerInnen auch aus anderen Städten verteilten Mitglieder der Initiative Flugblätter und sprachen mit KundInnen von H&M und PassantInnen. Den Schwerpunkt legten sie dabei auf das Vorgehen der Geschäftsleitung gegen aktive Betriebsräte. Sie machten auch darauf aufmerksam, dass so etwas nicht nur bei H&M geschieht,

sondern dass sich derartige Praktiken immer weiter ausbreiten.

Seit der Jahrtausendwende greifen Unternehmen aller Größenordnungen zunehmend zu Methoden der systematischen Gewerkschaftsbekämpfung.

In den Zulieferbetrieben von H&M in Bangladesh werden Proteste der Beschäftigten zuweilen mit Hilfe angeheuerter Schläger unterdrückt. In Deutschland geht die Geschäftsleitung gezielt gegen engagierte GewerkschafterInnen und Betriebsräte vor. Von Interessenvertretungen der Beschäftigten ungestört, lassen sich schlechtere Arbeitsbedingungen hier wie dort leichter durchsetzen. Die unternehmernahe Kanzlei DLA Piper unterstützt H&M dabei.



Am 13.10.2017 in Essen vor H&M.

Foto: Avanti O.





Am 13.10.2017 in Essen vor H&amp;M.

Foto: Avanti O.

Aktuell stehen gleich drei Betriebsräte auf der Kündigungsliste: Die im November 2016 begehrte Kündigung von Lukasz C., BR-Mitglied bei H&M in Leverkusen, wurde im September 2017 vom Landesarbeitsgericht Düsseldorf abgewiesen.

In Bonn und in Tübingen laufen die Kündigungsverfahren noch. Hier sind jeweils Gesamtbetriebsratsmitglieder betroffen.

Mit Kündigungen unter fadenscheinigen Vorwürfen sollen aktive Betriebsräte zermürbt werden. Gelingt dies, so hat dies fatale Folgen für die betroffenen KollegInnen und für ihr Gremium. Und am Ende auch für ihre Gewerkschaft, die nicht in der Lage gewesen ist, sie zu schützen.

Hierüber zu informieren, hierfür zu sensibilisieren und Widerstand zu mobilisieren, ist den Mitgliedern von AKUWILL ein Anliegen – nicht nur am „Schwarzen Freitag“.

#### Fußnoten

(1) Siehe [www.arbeitsunrecht.de](http://www.arbeitsunrecht.de). Hier findet Ihr auch weitere Informationen zum „Schwarzen Freitag“ und zu H&M sowie Aktionsberichte und Fotos vom 13.10.2017.

(2) Aktionskreis gegen Unternehmerwillkür, eine Initiative von Mitgliedern verschiedener Gewerkschaften aus dem westlichen Ruhrgebiet. Siehe [www.akuwill.de](http://www.akuwill.de) ■

## Hennes & Mauritz (H&M) geht gegen Betriebsräte vor Kündigung von Betriebsrat Lukasz C. abgewiesen

Hennes & Mauritz hat sich bereits in der Vergangenheit mit dem Vorgehen gegen Damiano Q. seinen Ruf als Betriebsrats-Mobber verschafft. Seit Ende 2016 strengte der Modekonzern Kündigungsverfahren nun gegen gleich drei Betriebsräte an. Am 26. September 2017 wies das Landesarbeitsgericht Düsseldorf das Kündigungsbegehren gegen Lukasz C., Betriebsrat bei H&M in Leverkusen, ab.

### PROZESSBEOBACHTERIN

**D**amiano Q., Betriebsratsvorsitzender in der Trierer Filiale der Modekette, hatte von Dezember 2012 an mit Unterstützung seiner Gewerkschaft verdi für die Rückkehr in den Betrieb gekämpft. Nach fünf Kündigungsversuchen durch das Unternehmen, die sich gegen Damianos Tätigkeit für die Interessenvertretung der Beschäftigten richteten, entschied das Bundesarbeitsgericht im Mai 2015 endgültig zugunsten des Kollegen.

Dies hat die Unternehmensleitung offenkundig nicht davon abgehalten, weiter gegen aktive Betriebsräte vorzugehen:

Im November 2016 begehrte H&M in Leverkusen beim zuständigen Arbeitsgericht die Kündigung des Betriebsrates Lukasz C. wegen angeblicher Selbstbeurlaubung.

Im Januar 2017 folgte das Kündigungsbegehren gegen den langjährigen Vorsitzenden des Betriebsrats der Tübinger Filiale, Mali T., der zudem Mitglied des Gesamtbetriebsrats ist. Sein angebliches Vergehen: Nachdem er sich erfolgreich für die Rechte der Beschäftigten eingesetzt hat, soll er eben diese in einem Vier-Augen-Gespräch der Filialleitung zum Kauf angeboten haben.

Nico L., dessen Kündigung H&M Mitte Mai 2017 begehrte, ist Betriebsratsvorsitzender bei H&M in Bonn und ebenfalls Mitglied des Gesamtbetriebsrats. Dem Kollegen, der erfolgreich zur Gründung neuer Betriebsräte bei der Modekette beigetragen hat, werden wie Lukasz Selbstbeurlaubung sowie Arbeitszeitmanipulation vorgeworfen – ein beliebter Vorwurf bei der Kündigung von Betriebsräten, nicht nur bei H&M.

### Lukasz bleibt Betriebsrat

Als das Arbeitsgericht die Kündigung von Lukasz für unzulässig befand, ging H&M in Beschwerde.

Der erste Termin vor dem Landesarbeitsgericht in Düsseldorf am 28. Juli 2017 verlief ergebnislos, da für die Ermittlung des Sachverhalts eine erneute Beweisaufnahme notwendig erschien: Die für die Arbeitgeberseite anwesende Store Managerin (Filialleiterin) und ihr Anwalt waren nicht in der Lage zu belegen, dass Lukasz C. eigenmächtig seinen Urlaub verlängert hat. Der vom Richter angestrebte Vergleich kam nicht zustande.

Bei der Fortsetzung der Verhandlung am 26. September 2017 wurden dann diverse Zeuginnen vernommen: die besagte Store Managerin, zwei Mitglieder des Betriebsrates und eine Department Managerin (Abteilungsleiterin) des Hauses in Leverkusen. Letztere wurde auf Betreiben des Anwalts der Arbeitgeberseite zusätzlich benannt.

Aber auch diesmal wurde das Kündigungsbegehren seitens des Unternehmens nicht überzeugend begründet. Die Store Managerin und die Department Managerin verwickelten sich in starke Widersprüche.

Die Beweislast aber lag bei H&M: Die Unternehmensseite hätte nachvollziehbar darlegen müssen, dass es für die Kündigung des Betriebsrats einen wichtigen Grund gab. Jedoch war das Gericht am Ende nicht davon überzeugt, dass Lukasz C. tatsächlich eine schwerwiegende Verfehlung begangen hatte, und wies das Kündigungsbegehren ab.

Damit ist dieses Verfahren abgeschlossen, und Lukasz C. kann auch wieder uneingeschränkt seiner Arbeit als Betriebsrat nachgehen.

Die anderen Kündigungsbegehren sind noch nicht entschieden. Wir werden weiter berichten. ■

# Frauen- und ArbeiterInnenbewegung in den USA unter Trump

Am 28. August 2017 fand im K14 eine Diskussionsveranstaltung mit der Gewerkschafterin und Aktivistin Dianne Feeley aus Detroit statt. Der erste Teil des Berichts über diese Veranstaltung in der September-Ausgabe der *Avanti O.* handelte von den verschiedenen Protestwellen in den USA, die es seit Trumps Amtsantritt gegeben hat. In diesem zweiten und letzten Teil geht es um die Rolle von Gewerkschaften und ihre Aktivitäten.

PETRA STANIUS

**K**ontinuierlicher Widerstand gegen die reaktionäre Politik von Trump wird unter anderem dadurch erschwert, dass der Grad gewerkschaftlicher Organisierung in den USA stetig zurückgeht. Vor allem Staaten im Süden locken u. a. deutsche Konzerne wie VW, BMW und Mercedes bereits mit „gewerkschaftsfreien Zonen“.

Waren im Jahr 2002 noch mehr als 13 % der abhängig Beschäftigten Mitglied in einer Gewerkschaft, so sind es heute nur noch etwa 10 %. (Der Höchstwert lag bei 29,4 % im Jahr 1960.)

## Das Gewerkschaftssystem

Das Gewerkschaftssystem in den USA unterscheidet sich deutlich von dem in Deutschland. In den USA ist es nicht möglich, einfach einer Gewerkschaft beizutreten, die die eigene Branche organisiert. Vielmehr läuft die Mitgliedschaft über die einzelnen Betriebe:

Eine Gewerkschaft muss die Mehrheit einer Belegschaft davon überzeugen, dass die gewerkschaftliche Vertretung für sie nützlich ist. Was häufig nicht gelingt, da mit Gegenwerbung Ängste geschürt werden vor angeblich damit verbundenen Nachteilen. Nicht zuletzt wird von Seiten der Unternehmensleitung Druck auf die KollegInnen ausgeübt, besser nicht für die Gewerkschaft zu stimmen.

Auf der anderen Seite gibt es eine große Anzahl so genannter Closed Shops (geschlossene Betriebe). Das sind Betriebe, in denen die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft für die Beschäftigten zwingend ist. Der Gewerkschaftsbeitrag wird hier vom Unternehmen direkt vom Lohn einbehalten und abgeführt. Aufgrund der neuen Arbeitsgesetzgebung verlieren die Closed Shops jedoch an Bedeutung.

Dianne Feeley selbst war vor ihrem Eintritt in den Ruhestand Arbeiterin in der Automobilindustrie und ist weiterhin in der AutomobilarbeiterInnengewerkschaft United Autoworkers (UAW) aktiv. Ihre eigene Gewerkschaft sieht sie kritisch. Wie andere Gewerkschaften in den USA habe auch die UAW nicht registriert, dass es an der Zeit sei, zu kämpfen. Die Belegschaften seien kaum darauf angesprochen worden, sich zu organisieren. So habe die UAW wichtige Abstimmungen verloren. Bei Nissan stimmten 63 % der Beschäftigten im August 2017 gegen die Anerkennung der UAW – ein katastrophales Ergebnis. Auch bei VW gab es eine Niederlage.

Wobei die Referentin es nicht effektiv findet, dass die UAW im einzelnen Betrieb argumentiert, warum die Gewerkschaft dort nützlich wäre. Sie sieht es eher als erfolgversprechend an, mithilfe von Kampagnen die betreffenden ArbeiterInnen aktiv einzubeziehen. Damit hätten die Beschäftigten, die Gewerkschaften positiv gegenüber ständen, die Möglichkeit, zusammenzukommen, schon vor der Wahl gemeinsam zu agieren und so die Nützlichkeit gewerkschaftlicher Organisierung selbst zu erfahren.

## Protest der Lehrerinnen

Ein bemerkenswertes Beispiel für gewerkschaftlichen Protest sieht die Referentin in den Aktivitäten der Lehrerinnen. Eine wichtige Rolle spielen hier gewerkschaftliche Basisgruppen, die bereits vor Trumps Präsidentschaft gegründet wurden.

Mehr als 60 % der gewerkschaftlich organisierten LehrerInnen sind weiblich. Sie engagieren sich nicht ausschließlich für Frauen, aber als Frauen. Die Bildungspolitik unter Trump und der Einfluss rechter Gruppen auf Schulen gibt ihnen genügend Anlass, aktiv zu werden.

Unter Trump wurde mit Betsy DeVos, der Schwester des Blackwater(\*)-Gründers Erik Prince, eine ausgewiesene Gegnerin des staatlichen Bildungssystems neue US-Bildungsministerin.

Von Seiten der Rechten wird die Gründung von Charter Schools vorangetrieben. Dies sind Schulen, die genauso gefördert werden wie die öffentlichen, deren Betreiber aber von den meisten staatlichen Verordnungen und Vorschriften befreit sind. Neben den staatlichen Mitteln erhalten die Charter Schools Geld von reichen Förderern, weshalb sie besser ausgestattet sind als die öffentlichen. Eltern können zwar zwischen den Schulformen wählen, gleichzeitig aber können die Charter Schools sich die SchülerInnen aussuchen. Und die, die sie nicht haben wollen, an öffentliche Schulen verweisen.

Dianne Feeley zieht aus den derzeitigen politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen den Schluss, dass heute die wichtigste Aufgabe darin bestehe, solidarisch zu sein: Die Rechten predigten Angst. Sie aber wolle Hoffnung vermitteln. ■

(\*) Blackwater heißt heute Academi und ist ein für schmutzige Methoden bekannter, weltweit agierender Söldnerkonzern.



Dianne Feeley bei einer Protestversammlung in Detroit. Foto: www.solidarity-us.org

# „Demonstrationsrecht verteidigen!“

## Aufruf zum Widerstand gegen den Abbau unserer demokratischen Grundrechte“

Unter diesem Motto fand am 7. Oktober 2017 in Düsseldorf ein bundesweiter Kongress mit ca. 150 TeilnehmerInnen statt.

L. M.

**A**nlass für die Einberufung des Kongresses waren der aktuelle Grundrechte-Abbau (1) und hohe Haftstrafen bei den Prozessen gegen DemonstrantInnen, die im Juli dieses Jahres gegen den G20-Gipfel in Hamburg protestiert hatten.

Eingeladen hatte die Initiative „Demonstrationsrecht verteidigen!“ (2), die von mehr als fünfzig Gewerkschaften, MigrantIn- und Bürgerrechtsorganisationen, Journalisten- und Anwaltsverbänden sowie zahlreichen Einzelpersonen unterstützt wird.

Das Theater „Mein Einsatzleiter“ spielte wahre Begebenheiten aus dem Leben eines Demonstrationsanmelders nach und stimmte mit dieser Realsatire gut ins Thema ein.

Eröffnet wurde der Kongress von den beiden ModeratorInnen Simon Ernst, ver.di NRW-Süd, und Elke Steven vom Komitee für Grundrechte und Demokratie.

Von den fünf ReferentInnen, die eigentlich auf dem Podium hätten Platz nehmen sollen, haben es, dem Sturmtief *Xavier* geschuldet, nur zwei geschafft, dort anzukommen:

Ulla Jelpke, für die Linkspartei im Bundestag, erinnerte daran, dass die Rechtsentwicklung in Deutschland nicht erst mit der AfD begonnen hat, sondern bereits vorher von der Großen Koalition betrieben wurde. Sie machte deutlich, dass Gesetzesverschärfungen und Demokratieabbau politische Gründe haben und den Kapitalismus festigen und Gegenkräften entgegenwirken sollen. Zur Durchsetzung imperialistischer Interessen werde ein Regime installiert, das den permanenten Notstand praktiziere.

Ulla Jelpke übernahm mit ihrem Beitrag auch den Part des Journalisten und verdi-Gewerkschaftssekretärs Peter Dinkloh, einem der verhinderten Referenten, und kritisierte die Ausladung von 32 bereits akkreditierten JournalistInnen beim G20-Gipfel. Unter anderem seien fünf von ihnen als „Gewalttäter links“ geführt worden, lediglich, weil sie an Demonstrationen teilgenommen hätten und für linke Zeitungen schrieben.

Gerhard Kupfer, langjähriger Gewerkschafter und Mitglied des Betriebsrates bei Daimler Bremen, sprach zum Streikrecht vor dem Hintergrund eigener Erfahrungen, insbesondere mit einem spontanen, erfolgreichen Streik. Er stellte die Einschränkungen des Streikrechts in Zusammenhang mit denen des Asyl- und des Versammlungsrechts.

Alexander Bosch, Amnesty International, wurde per Skype zugeschaltet. Er sprach zum Thema Polizeigewalt und Rassismus. PolizistInnen als angebliche Opfer seien zu einem Dauerthema gemacht worden, was letztlich Erfolg gehabt habe. Die Änderung des Demonstrationsrechts, deren Begründung fragwürdig sei, schrecke von der Teilnahme an Demonstrationen ab. Er beschrieb die Praxis der verdachtsunabhängigen Personenkontrollen und des Racial Profiling und wies darauf hin, dass die Gesetzesverschärfungen in besonderem Maße Nichtweiße und Menschen mit niedrigem Einkommen treffen würden.

Ebenfalls via Skype wurde der Beitrag der fünften Referentin übermittelt:

Gabriele Heinecke vom Republikanischen AnwältInnenverein beschäftigte sich mit der informationellen Selbstbestimmung, dem

Grundrecht, über die Preisgabe und Verwendung der eigenen Daten selbst zu entscheiden.

Sie warnte davor, dass die Aufzeichnung der Teilnahme an Demonstrationen die Gefahr birgt, dass Menschen auf ihr Demonstrationsrecht verzichten.

Sie war selbst als Beobachterin bei den Demonstrationen gegen G20 in Hamburg dabei und schilderte ihre Eindrücke von der Stadt, die sich selbst als weltoffen präsentieren wollte, dann aber mit großflächigen Demonstrationsverboten und einem überharten, eskalierenden Polizeieinsatz ein ganz anderes Bild vermittelte.

In Verbindung mit den auf die Proteste folgenden drakonischen Haftstrafen aufgrund von Vorwürfen, die üblicherweise zu Geldstrafen o. ä. geführt hätten, stellte sie einen Notstand der Demokratie fest.

Alle Beiträge kamen zu dem Schluss, dass es höchste Zeit sei, sich zu organisieren, um der bedrohlichen Entwicklung in allen ihren Erscheinungsformen gemeinsam entgegen zu treten.

Im Anschluss wurden in vier parallelen Arbeitsgruppen weitere Schritte diskutiert zur Unterstützung von politischen Gefangenen sowie der Verteidigung des Demonstrationsrechts, des Streikrechts und der Pressefreiheit und die Ergebnisse dann dem Plenum vorgestellt.

Viel Beifall erhielt der Beitrag von Dr. Alexander B. Ernst, Dozent für Biblisches Hebräisch und Rektoratsmitglied der Kirchlichen Hochschule Wuppertal/Bethel, der sich demonstrativ auf die Seite der gesellschaftlichen Linken stellte, um mit ihr die bedrohten demokratischen Rechte zu verteidigen.

Als Ergebnisse der Konferenz wurden ein bundesweiter Aktionstag für die politischen Gefangenen festgehalten sowie eine Großdemonstration in 2018.

Außerdem soll der Koordinationskreis der Initiative um möglichst viele unterschiedliche MitstreiterInnen erweitert werden, um ihn auf eine breite Grundlage zu stellen. ■

(1) Siehe auch September-Ausgabe der *Avanti O.* und Website der *ISO Oberhausen*.

(2) Siehe [www.demonstrationsrecht-verteidigen.de](http://www.demonstrationsrecht-verteidigen.de), wo Ihr viele Infos zum Thema findet und den Aufruf der Initiative online unterstützen könnt.



Aktion beim Kongress am 07.10.2017 in Düsseldorf.

Foto: Avanti O.

# Dokumentation

## Betroffenenbericht von Mitgliedern der ver.di Jugend NRW-Süd zu den Grundrechtsverletzungen durch Polizei und Justiz beim G20-Gipfel

**Fast der gesamte Jugendvorstand der ver.di Jugend NRW-Süd, mehrere weitere ver.di-KollegInnen und andere Bonner MitstreiterInnen wurden beim G20-Gipfel Opfer von politischer Verfolgung, von tagelanger Freiheitsberaubung und massiver Aushebelung der demokratischen Grundrechte durch Polizei und Staatsanwaltschaft.**

*In einer Gruppe von ca. 20 Jugendlichen und jungen Erwachsenen sind wir am Donnerstag, den 6. Juli in den frühen Morgenstunden nach Hamburg aufgebrochen. Trotz der wochenlang aufgebauten Drohkulisse durch Polizei und Regierung waren wir fest entschlossen, unser Recht auf Demonstrationsfreiheit wahrzunehmen.*

*Für die meisten von uns war dies allerdings kaum möglich. Nach der ersten Nacht auf dem Camp wollten wir am Freitag, den 7. Juli gemeinsam an den angekündigten Blockaden gegen das Gipfeltreffen teilnehmen. Doch soweit kam es nicht: Nach nur 20 Minuten stoppte die Polizei den Zug von 200 Menschen, dem wir uns angeschlossen hatten, dann ging alles blitzschnell. Von zwei Seiten wurde unser Demonstrationzug von gepanzerten und schwer bewaffneten Polizisten und zwei Wasserwerfern angegriffen und regelrecht zerschlagen. Für uns kam der Angriff der Polizei völlig aus dem Nichts, die Menschen flohen in Panik. Wer nicht rechtzeitig wegkam, bekam den Polizeiknüppel zu spüren, wurde auf den Boden gedrückt und zum Teil sogar dann weiter mit dem Schlagstock traktiert. Man schrie uns an: „Halt die Schnauze, sonst kriegst du noch eine rein!“*

*„Ein solches Ausmaß von Polizeigewalt habe ich noch nicht erlebt. Das war keine Festnahme, sondern ein regelrechter Überfall der Polizei auf unsere Demonstration.“ erinnert sich Nils Jansen, Mitglied im Jugendvorstand der ver.di Jugend NRW-Süd.*

*Im verzweifelten Versuch, vor den um sich schlagenden Beamten zu flüchten, kletterten DemonstrantInnen in Panik über einen Zaun und stürzten anschließend eine mehrere Meter tiefe Mauer hinunter, wobei sie sich zum Teil schwer verletzten. Niemand von uns hatte so etwas je erlebt: Menschen lagen mit zum Teil offenen Brüchen auf dem Asphalt, Polizisten schlugen immer weiter auf DemonstrantInnen ein. Es waren acht (!) Rettungswagen nötig, um die verletzten Aktivisten ins Krankenhaus zu bringen.*

*Nachdem die Polizei uns vor Ort zum Teil mehrere Stunden festgehalten hatte, wurden wir dann in die sog. „Gefangenenensammelstelle“ (Gesa) gebracht. Die Zustände in der Gesa waren entwürdigend. Wir wurden mit bis zu fünf Personen in einen fensterlosen Container mit nichts als einer Holzbank und glatten weißen Wänden gesperrt. Die „Zellen“ waren durchgehend, auch nachts, mit zermürbendem Neonlicht beleuchtet und kaum belüftet. Die schlechte Luft, das Licht und die hohen Temperaturen haben es fast unmöglich gemacht, zu schlafen. Oft sind zusätzlich in regelmäßigen Abständen Polizisten in die Zelle gekommen oder haben an der Tür gerappelt, und uns angeschrien, so dass wir kaum schlafen konnten.*

*Wir alle mussten uns vor der Polizei nackt ausziehen, viele dann auch noch eine Kniebeuge machen. Eine junge Kollegin wurde gezwungen, unter den Augen der Beamten ihren Tampon herauszunehmen, und bekam anschließend keinen neuen. Einer weiteren Kollegin wurde von der Polizei bei der Festnahme ihre Brille entzogen, ohne die sie kaum etwas erkennen kann. Im Gefangenenentransport wurden wir*

*Zeuge, wie eine Gefangene von der Polizei verprügelt wurde, um ihr anschließend Fußfesseln anzulegen. Das sind nur einige Beispiele für die Demütigungen und Erniedrigungen, denen wir und unsere Mitgefangenen in der Gesa ausgesetzt waren.*

*Alle außer den minderjährigen KollegInnen wurden über 35 Stunden in der Gesa festgehalten. Bis wir einem Richter vorgeführt wurden, mussten wir bis zu 30 Stunden warten, einen Anwalt sahen viele erst nach 12 Stunden und mehr. Der Anwalt eines Bonner Kollegen wurde in der Gesa von der Polizei tätlich angegriffen. Doch die Tortur endete nicht nach den 35 Stunden in der Gesa: Das provisorische „Schnellgericht“, das extra für den Gipfel eingerichtet wurde, kam der Forderung der Polizei nach, uns weitere 28 Stunden festzuhalten. Fast alle inhaftierten Bonner wurden in die JVA Billwerder verlegt und dort bis zum Sonntag, den 9. Juli um 18 Uhr festgehalten. Aber damit nicht genug: Am Ende ist das provisorische Hamburger Amtsgericht der Forderung der Staatsanwaltschaft sogar so weit nachgekommen, dass drei KollegInnen in Untersuchungshaft gesteckt wurden! Unter fadenscheinigen Gründen wurden den Bonnern „Fluchtgefahr“ attestiert, zwei von ihnen saßen von Freitag bis zum nächsten Freitag, also mehr als 170 Stunden, hinter Gittern. ■*

### Die ver.di Jugend NRW-Süd steht hinter den betroffenen MitstreiterInnen und ruft zu breiter Solidarität auf!

- **Schluss mit der Kriminalisierung des legitimen Protests gegen die G20! Freiheit für die inhaftierten G20-AktivistInnen!**
- **Für die Erhaltung und Erweiterung der demokratischen Rechte! Polizei, Justiz und Bundesregierung: Finger weg vom Versammlungsrecht!**
- **Kompromisslos für Frieden, für Umweltschutz, für grenzenlose Solidarität statt G20!**

**Spendet für von Repression betroffene  
AktivistInnen!**

**Spendenkonto**

**Rote Hilfe e.V.**

**IBAN:**

DE25 2605 0001 0056 0362 39

Sparkasse Göttingen

Stichwort: „G20“

# Aus dem Rathaus

## „Infrastruktur und Angebote des Oberhausener Sports“

ACW

**S**o lautet die große Anfrage der Koalition aus SPD-Fraktion, der Fraktion Die Grünen und der FDP-Gruppe im Rat der Stadt Oberhausen. Hierin werden zu insgesamt 17 Themenbereichen 88 Fragen zur Infrastruktur und zu Angeboten des Oberhausener Sports gestellt und in der Vorlage für den Rat der Stadt am 25.09.2017 zum großen Teil beantwortet.

Für die einen hat das 2007 beschlossene Sportstättenentwicklungskonzept die Sportlandschaft Oberhausens „zukunftsfest“ gemacht, für die anderen führt die Verlagerung des Sport-Angebotes weg von vielen fußläufig wohnortnahen hin zu einigen wenigen dann aber „ertüchtigten“ Sportplätzen zu Mangel gerade für die kleinen Menschen, die mit ihren kurzen Beinen nicht mehr ohne Hilfe der Eltern selbständig ein Sportangebot erreichen können.

Martin Goeke von der Linken Liste kann von den Problemen berichten, die entstehen, wenn Vereine ihre Trainingszeiten auf einem Platz organisieren müssen. Und Andrea-Cora Walther von der Bürgerliste kann konkretisieren: „Hätte es damals nicht das Trainingsangebot auf dem John-Lennon-Platz gegeben, den meine Tochter selbständig zu Fuß erreichen konnte, wäre sie heute nicht eine Fußballerin auf dem Weg zur Bundesliga.“

„Kurze Beine, kurze Wege“ gilt gerade auch für den Freizeit- und Vereinssport in jungen Jahren. Wenn wir die „Kids aus

dem Sitz“ holen wollen, brauchen wir nicht einige wenige Sportangebote in den Außenbereichen sondern viele wohnortnahe Spiel- und Sportmöglichkeiten. ■



Foto: Andrea-Cora Walther

## Ausstellung zur AfD im Café Klatsch

Vom 19. bis zum 29. September war im Café Klatsch, einer Begegnungsstätte der AWO im Zentrum von Oberhausen, die Wanderausstellung „Der Arm der Bewegung“ zu sehen.

Die von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) erarbeitete Ausstellung beschäftigt sich auf elf großformatigen Schautafeln mit den politischen Zielen und dem Programm AfD.

Wer mehr dazu wissen oder die Ausstellung vielleicht selbst zeigen will: Hier gibt es die nötigen Infos. Und der Flyer zur Ausstellung, der Katalog sowie eine Datei mit allen Schautafeln können im PDF-Format heruntergeladen werden:

<http://vvn-bda.de/ausstellung-der-arm-der-bewegung/>



Fotos: Andrea-Cora Walther

Die Tafel, mit der die Ausstellung beginnt.



Die Ausstellung im Café Klatsch.

1917 – 2017 Hundert Jahre Oktoberrevolution  
Eine Veranstaltungsreihe



Oktober 1917  
Борьба за власть Советов!

## Impressionen von der Eröffnung der Veranstaltungsreihe am 30.09.2017



Eröffnung der  
Veranstaltungsreihe am  
30.09.2017 im K14.

Fotos: Andrea-Cora Walther



Inzwischen haben mehrere Veranstaltungen stattgefunden, die die Ereignisse im Jahr 1917 in Russland und ihre Folgen aus verschiedenen Blickwinkeln und in unterschiedlichen Formen beleuchten – eine Bereicherung für alle, die teilnehmen konnten. Die noch ausstehenden Veranstaltungen findet Ihr auf Seite 12.

# Oktober 1917 – was bleibt?

## Selbstorganisation von unten und revolutionäre Politik

**A**m 2. November 2017 fand im Rahmen von „Hundert Jahre Oktoberrevolution“ zu diesem Thema eine Veranstaltung mit Manuel Kellner statt.

Dr. Manuel Kellner, Jahrgang 1955, ist Mitglied der ISO (Vierte Internationale) und der Partei Die Linke sowie der IG Metall. Er ist außerdem Redakteur der *Sozialistischen Zeitung* (SoZ).

Die Oktoberrevolution 1917 in Russland hat viele spätere antikapitalistische Bewegungen inspiriert. Die Jahrzehnte währende bürokratische Diktatur diskreditierte jedoch die sozialistische Idee. 1991 wurde die Sowjetunion aufgelöst.

### Was bleibt 100 Jahre danach?

Laut Manuel Kellner: Die Räte als demokratische Selbstorganisation und Gegenmacht, der Internationalismus als Orientierung auf die Weltrevolution, die Rolle einer revolutionären Partei für die Eroberung der politischen Macht durch die ArbeiterInnenklasse.

Die russische Revolution von 1905 war nicht nur eine Massenstreikbewegung, sie brachte auch als neue Erscheinung die ArbeiterInnenräte hervor, eine demokratisch organisierte Gegenmacht.

In der russischen Revolution von 1917 tauchten die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte noch massiver wieder auf. Die Bolschewiki errangen die Mehrheit in den Räten und führten sie zur Eroberung der politischen Macht.

In Deutschland blieb die SPD die Mehrheit in den Räten und verhinderte die sozialistische Umwälzung.

Die Bolschewiki glaubten nicht an einen Sozialismus nur im eigenen (dazu noch rückständigen) Land. Sie setzten auf die

Revolution in den entwickelten kapitalistischen Ländern und ergriffen die Initiative zur Gründung der Kommunistischen Internationale.

Obwohl so Vieles in Russland und überhaupt in der Welt anders war als heute, und obwohl die russische Räterepublik isoliert bald zu einer autoritären Herrschaft über die ArbeiterInnenklasse wurde:

Die Lehren aus der Oktoberrevolution bleiben wichtig im Kampf für den Sozialismus des 21. Jahrhunderts. ■



Manuel Kellner bei der Veranstaltung am 02.11.2017 in Oberhausen.

# Die Oktoberrevolution

## Ein schwieriges, aber wichtiges Erbe

MANUEL KELLNER

Die Oktoberrevolution 1917 in Russland war keineswegs der Putsch einer kleinen Minderheit, sondern ein Aufstand. Er stützte sich auf die Mehrheit der in Räten organisierten ArbeiterInnenklasse der großen Städte und der überwiegend bäuerlichen Bevölkerung.

Damals ging es nicht um die Alternative „bürgerlich-parlamentarische Demokratie“ oder „bolschewistische Diktatur“. Es ging um die Alternative „brutale Militärdiktatur und Fortsetzung des Kriegs“ oder „alle Macht den Sowjets (Räten)“. Die „gemäßigten“ sozialistischen Kräfte (Sozialrevolutionäre und Menschewiki) unterstützten die bürgerliche Provisorische Regierung, die um jeden Preis den Krieg fortsetzen wollte. Sie weigerte sich, soziale Reformen durchzuführen (Brot, Achtstundentag, Arbeiterkontrolle). Sie lehnte es ab, den Bauern Land und den Nationalitäten Selbstbestimmung zu geben. Die Bolschewiki leisteten – obwohl sie seit den Juliereignissen unterdrückt worden waren – entscheidende Hilfe bei der Niederschlagung des Kornilow-Putschs. Danach errangen sie innerhalb weniger Wochen die politische Hegemonie.

Im August 1917, wenige Monate vor der Revolution, schrieb Lenin *Staat und Revolution*. Er rekonstruierte die Position von Marx und Engels zur Frage des Staates aufgrund von deren Verarbeitung der Erfahrungen der Pariser Kommune von 1871. Lenin vertrat ein radikaldemokratisches Konzept: An die Stelle des alten Staatsapparats sollte ein Staat vom Typ der Pariser Kommune treten (die „Diktatur des Proletariats“), der von Anfang an den Keim des Absterbens von Staatlichkeit überhaupt in sich trage. Eben in dieser Tradition sah sich auch die junge Sowjetrepublik.

Schon bald nach dem Sturz der Regierung Kerenski musste die Sowjetregierung jedoch ganz andere Maßnahmen ergreifen. Der Bürgerkrieg forderte Requisitionen von Lebensmitteln auf dem Land („Kriegskommunismus“) und die Unterdrückung derjenigen (auch, wenn sie sich sozialistisch nannten), die die Gegenseite unterstützten. 1920 war der Bürgerkrieg vorbei, und doch beschlossen die Bolschewiki auf ihrem X. Parteitag neben der begrenzten Liberalisierung des Handels (Neue Ökonomische Politik) das Verbot der übrigen Sowjetparteien und das Verbot der Fraktionen in der eigenen Partei.

Die Bolschewiki fassten die russische Revolution als Auftakt zur sozialistischen Weltrevolution auf, zur Revolution in den entwickelten Industrieländern. Bekanntlich kam eine mächtige revolutionäre Welle über Europa, die aber nicht zu sozialistischen Revolutionen führte. So entwickelte sich in der isolierten Sowjetrepublik die Bürokratenherrschaft, die letztlich die Rätedemokratie vollends erwürgte.

Die Sowjetunion ist im Dezember 1991 endgültig untergegangen, doch das Erbe der Oktoberrevolution bleibt ein wichtiger Bestandteil des Kampfes für eine sozialistische Demokratie des 21. Jahrhunderts. Vor allem die Selbstorganisation von unten, die zum Aufbau alternativer Staatsmachtorgane führt, der konsequente Internationalismus und eine

revolutionäre Partei, die in Räten die Mehrheit erobert, sind auch in der Zukunft möglich und nötig.

Erst bei einem hohen Grad selbstbestimmter kollektiver Aktivität können breite Massen revolutionäres Bewusstsein entwickeln. Das emanzipatorische Projekt der globalen sozialistischen Revolution des 21. Jahrhunderts wird sich neben früheren und späteren Erfahrungen nicht zuletzt auch auf das Erbe der Oktoberrevolution und der jungen Sowjetrepublik beziehen. ■



Bekanntgabe der Absetzung der Provisorischen Regierung in Petersburg, 25. Oktober 1917 (7. November 1917).

Foto: Gemeinfrei

### Übersetzung:

Vom Militärischen Revolutionskomitee des Petersburger Rates der Arbeiter und Soldaten-Deputierten  
An die Bürger von Russland  
Die Provisorische Regierung ist abgesetzt. Die Staatsmacht ist in die Hände des Militärischen Revolutionskomitees übergegangen, einem Organ des Petersburger Rates der Arbeiter- und Soldaten-Deputierten, das das Proletariat und die Garnison Petersburgs vertritt.  
Die Ziele, für die das Volk gekämpft hat – sofortiger demokratischer Frieden, Enteignung des feudalen Großgrundbesitzes auf dem Land, Arbeiterkontrolle über die Industrie, Bildung einer Räte-Regierung – sind gesichert.  
Lang lebe die Revolution der Arbeiter, Soldaten und Bauern!  
Militärisches Revolutionskomitee des Petersburger Rates der Arbeiter- und Soldaten-Deputierten  
25. Oktober 1917, 10:00 Uhr

# Plakate aus der Oktoberrevolution

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „100 Jahre Oktoberrevolution“ gab es vom 30.09.2017 bis zum 02.11.2017 im K14 in Oberhausen eine Ausstellung mit Reprints von Plakaten der Oktoberrevolution zu sehen. Einige dieser Plakate stellen wir in dieser Ausgabe der *Avanti O.* vor.

## КТО АНТИСЕМИТ?



СТР-ТО АНД. ОТ ЗАДЕЫ ВЕРЕР,  
ТЕМНЫХ НАГЕСИЗДАЮТ НА ЕВРЕ.

wer ist antisemit?

1) general einst er, behängt mit orden / satrap des zaren — arbeiterschinder / jetzt ist er bloss, hat weder rang noch uniform / und schreit sich wund mit JAWA \* und mit IRA \*

2) dieser hier war reich, sein kapital nicht abzu-sehn / eigentümer er, der firma Igor Plünderer \*\* / doch jetzt (will er nicht betteln gehn) / muss er hinterm tresen stehn — dank der genossenschaft.

3) diese schmucke dame hatt' 'nen general zum mann / 'ne fette wittwenrente trug der staat ihr an; / doch kommt sie heut zur kasse / gibts keinen heller mehr für ihre klasse.

4) herr gutsbesitzer hatten einst auch 'ne fabrik / und pressten bis aufs blut die armen leute / doch ist nun schluss mit leichter beute / herr gutsbesitzer leben jetzt als heimarbeiter.

5) der meister hier bahnt' zügellos sich wege / stolziert einher als sei der herr nur er / vorbei ist's nun mit diesem schönen leben / zähne ausschlagen, he! das gibts nicht mehr.

6) wuchtig die faust, die donnerstimme rauh / war der polyp der schrecken des reviers / dies glück verflög — der schlaue fuchs kapiert's / er wechselte das fell und auch den bau \*\*\*.

diese leute alle sind von bosheit voll

sie machen die unwissenden gegen die juden toll.

\*) Jawa. und Ira. : russische zigarettenmarken

\*\*\*) der russische name 'Obiraloff. abgeleitet von obirat' = plündern, bestehlen.

\*\*\*\*) aus dem polizeiinspektor wurde ein hausmeister.

entwurf: unbekannt  
herausgegeben: Moskau 1927



es lebe die avantgarde der revolution  
die rote flotte

entwurf: unbekannt  
herausgegeben: im jahre 1919/20 vom Politotdel  
Rewwojensowjet Balta in Petersburg.

unterer rand:  
Politotdel Rewwojensowjeta Balta  
(deutsch: Politische Abteilung des revolutionären  
Kriegsrates der Baltischen Flotte).

Die matrosen der baltischen flotte hatten im oktober 1917 unter dem kampfchef alle macht den so-wjets! der oktoberrevolution entscheidend zum siege verholfen (Panzerkreuzer Aurora). Auch bei der verteidigung Petersburgs gegen General Judenitsch spielten sie eine bedeutende rolle.



bücher aller wissenszweige

entwurf: Rodtschenko  
herausgegeben: im jahre 1924 vom Leningrader  
Staatsverlag.

Es ist eines der beispiele für den sehr modernen gra-fischen stil, zu dem El Lissitzkij und Rodtschenko durch den suprematismus angeregt wurden. am oberen und am unteren rand gleichlautend: LENGIS (Leningrädskoje Gosudarstvennoje Isd-iststwo: Leningrader Staatsverlag).

Alle hier abgebildeten Pla-kate und Beschreibungen stammen aus der Mappe des Gerhardt Verlags *Pla-kate der Russischen Revo-lution*, die Ende 1966 zum 50-jährigen Jahrestag der Oktoberrevolution 1967 mit einer Auflage von 3.000 Exemplaren erschienen ist.

# Veranstaltungen zur Oktoberrevolution in Oberhausen

## 12.11.17, 11:00 Uhr, Linkes Zentrum

1917: Die Überwindung der drei großen historischen Diskriminierungen öffnete den Weg zu demokratischem und sozialem Fortschritt. Mit Raimund Ernst.

## 17.11.17, 21:00 Uhr (Einlass ab 20:00 Uhr), Druckluft

„Roter Punk“ Punkkonzert im Rahmen der Veranstaltungsreihe „1917 – 2017 100 Jahre Oktoberrevolution“.

## 20. 11. 2017, 19:00 Uhr, K14

Von Lenin lernen, es anders zu machen – Vortrag und anschließende Diskussion mit Prof. Dr. Michael Brie.

Michael Brie hat in diesem Jahr das Buch „Lenin neu entdecken“ herausgebracht, in dem er den Suchprozess zwischen 1914 und 1917 analysiert, der Lenin befähigte, so entscheidend in den Verlauf der Russischen Revolution vor hundert Jahren einzugreifen.

An diesem Abend geht er auf den ersten Teil seines Buches ein. Acht Punkte sind es, die aus seiner Sicht wichtig sind, um Lenins Suchprozess zu beschreiben.

Diese Punkte, sagt Michael Brie, sind von Bedeutung, um sie in der heutigen Vielfachkrise der kapitalistischen Zivilisation zu erkennen, aber auch um sie heute anders als Lenin und seine Genossinnen und Genossen 1917 zu lösen.

## 25.11.17, 19:00 Uhr, Linkes Zentrum

Abschlussveranstaltung mit Vortrag von Rainer Stöcker, einem Schlusswort, Zeichentrickfilmen aus der Oktoberrevolution und einem Mitbring-Buffer.

### Veranstaltungsorte:

#### K 14:

Lothringer Straße 64, 46045 Oberhausen

#### Linkes Zentrum:

Elsässer Straße 19, 46045 Oberhausen

#### Druckluft:

Am Förderturm 27, 46049 Oberhausen

## ISO/IV. Internationale Wer wir sind und was wir wollen

Die *Internationale Sozialistische Organisation* (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen

Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

### Impressum:

ISO / IV. Internationale Oberhausen  
Postfach 10 01 25  
D-46001 Oberhausen

### Kontakt:

Fon: +49 (0) 208 / 768 422 46  
Email: [info@iso-4-oberhausen.de](mailto:info@iso-4-oberhausen.de)  
Web: [www.iso-4-oberhausen.de](http://www.iso-4-oberhausen.de)

V.i.S.d.P.: ISO, 68026 Mannheim



### TERMINE (weitere Infos bei der ISO Oberhausen)

- Sonntag, 12.11.17, 11:00 Uhr, Veranstaltung mit Raimund Ernst zu Oktober 1917, Linkes Zentrum, Oberhausen
- Mittwoch, 15.11.17, 19:00 Uhr, Treffen des Aktionskreises gegen Unternehmerwillkür (AKUWILL), Gewerkschaftshaus, Essen
- Freitag, 17.11.17, 21:00 Uhr, „Roter Punk“ im Rahmen von „100 Jahre Oktoberrevolution“, Druckluft, Oberhausen
- Montag, 20.11.17, 19:00 Uhr, Veranstaltung „Von Lenin lernen“ mit Michael Brie, Fabrik K14, Oberhausen
- Samstag, 25.11.17, 19:00 Uhr, Abschlussveranstaltung von „100 Jahre Oktoberrevolution“, Linkes Zentrum, Oberhausen
- Dienstag, 28.11.17, 19:00 Uhr, Demo-Vorbereitungstreffen Internationaler Frauentag 2018, Marktstr. 133, Oberhausen